Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/8242

24. 10. 90

Sachgebiet 63

Änderungsantrag

des Abgeordneten Kleinert (Marburg) und der Fraktion DIE GRÜNEN/Bündnis 90

zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Bundeshaushalt für das Haushaltsjahr 1990 (Drittes Nachtragshaushaltsgesetz 1990) — Drucksachen 11/7950, 11/8132, 11/8148 —

hier: Einzelplan 06

Der Bundestag wolle beschließen:

Die institutionelle Förderung an den Bund der Vertriebenen wird gestrichen. Der diesbezügliche Ausgabentitel im Einzelplan 06 Kapitel 06 40 Titel 684 05 wird um 2,492 Mio. DM abgesenkt.

Bonn, den 24. Oktober 1990

Kleinert (Marburg)
Frau Birthler, Hoss, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Zahlreiche Aktivitäten des Bundes der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland wie auch auf polnischem Staatsgebiet widersprechen in elementarer Weise Geist und Buchstaben der vertraglichen Vereinbarungen, die die deutsche Vereinigung ermöglicht haben. Die Tätigkeit des Bundes der Vertriebenen in Polen zielt offenkundig darauf ab, völkerrechtlich verbindliche vertragliche Vereinbarungen zur polnischen Westgrenze zu unterlaufen. So wirbt der Bund der Vertriebenen derzeit unter der deutschen Minderheit in Polen massiv für eine Volksabstimmung über die künftige Grenzfrage und verwendet einen erheblichen Teil seiner öffentlichen Fördermittel für die Kampagne. Diese Tätigkeit ist geeignet, den deutsch-polnischen Beziehungen schweren Schaden zuzufügen. Es kann daher nicht länger hingenommen werden, wenn derartige Bestrebungen aus Mitteln der deutschen Steuerzahler finanziert werden.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333